

Bebauungsplan Nr. 725



Hansastraße
(zwischen Duisburger Straße und
Buschhausener Straße)

Stadtgemeinde Oberhausen

Gemarkung Oberhausen
Maßstab 1:500
1. AUSFERTIGUNG

Am 14.09.2015 hat der Rat der Stadt gemäß § 2 (1) des Baugesetzbuches beschlossen diesen Bebauungsplan aufzustellen.
Oberhausen, 03.02.2016

Der Oberbürgermeister
IV.
[Signature]
Beigeordnete

Angefertigt:
Oberhausen, 03.02.2016

[Signature]
Beigeordnete

Die Übereinstimmung der Bestandsangaben mit dem Liegenschaftskataster und die richtige Darstellung des gegenwärtigen örtlichen Zustandes wird bescheinigt.
Oberhausen, 03.02.2016

[Signature]
Bereichsleiter Geodaten, Vermessung und Kataster

Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.
Oberhausen, 03.02.2016

[Signature]
Bereichsleiter Stadtplanung

Die Offenlegung dieses Bebauungsplanentwurfes wurde gemäß § 3 (2) des Baugesetzbuches vom Rat der Stadt am 16.03.2016 beschlossen.
Oberhausen, 16.03.2016

Der Oberbürgermeister
IV.
[Signature]
Beigeordnete

Dieser Bebauungsplanentwurf hat gemäß § 3 (2) des Baugesetzbuches in der Zeit vom 14.04.2016 bis 14.05.2016 öffentlich ausliegen.
Oberhausen, 12.05.2016

Der Oberbürgermeister
IA.
[Signature]
Bereichsleiter Stadtplanung

Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 10 (1) des Baugesetzbuches durch den Rat der Stadt am 04.07.2016 als Satzung beschlossen worden.
Oberhausen, 05.07.2016

Der Oberbürgermeister
[Signature]

Der Satzungsbeschluss des Rates der Stadt vom 04.07.2016 ist am 04.08.2016 gemäß § 10 (3) des Baugesetzbuches mit dem Hinweis, dass dieser Bebauungsplan ab dem 04.08.2016 im Dezernat 4, Bereich 5-1 Stadtplanung, Technisches Rathaus Sterkrade, Bahnhofstraße 66, Zimmer Nr. A 004, während der Öffnungszeiten zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegt, örtlich bekannt gemacht worden.
Oberhausen, 04.08.2016

Der Oberbürgermeister
[Signature]

Festsetzung gemäß BauNVO und BauGB

Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches -BauGB-, §§ 1 bis 11 der BauNutzungsverordnung -BauNVO-)

MI Mischgebiete (§ 6 BauNVO)

GE Gewerbegebiete (§ 9 BauNVO)

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

öffentliche Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Zeichenerklärung
Bestandsangaben:

- Flurgrenze
- Flurstücksgrenze
- Nutzungsgrenze, Fahrbahngrenzung
- vermarkter Grenzpunkt
- unvermarkter Grenzpunkt
- Flurstücksnummer
- Hausnummer
- Geschosszahl
- öffentliche Parkfläche
- Kanaldeckel
- Baum
- Zaun
- Hecke
- Mauer

Wohngebäude

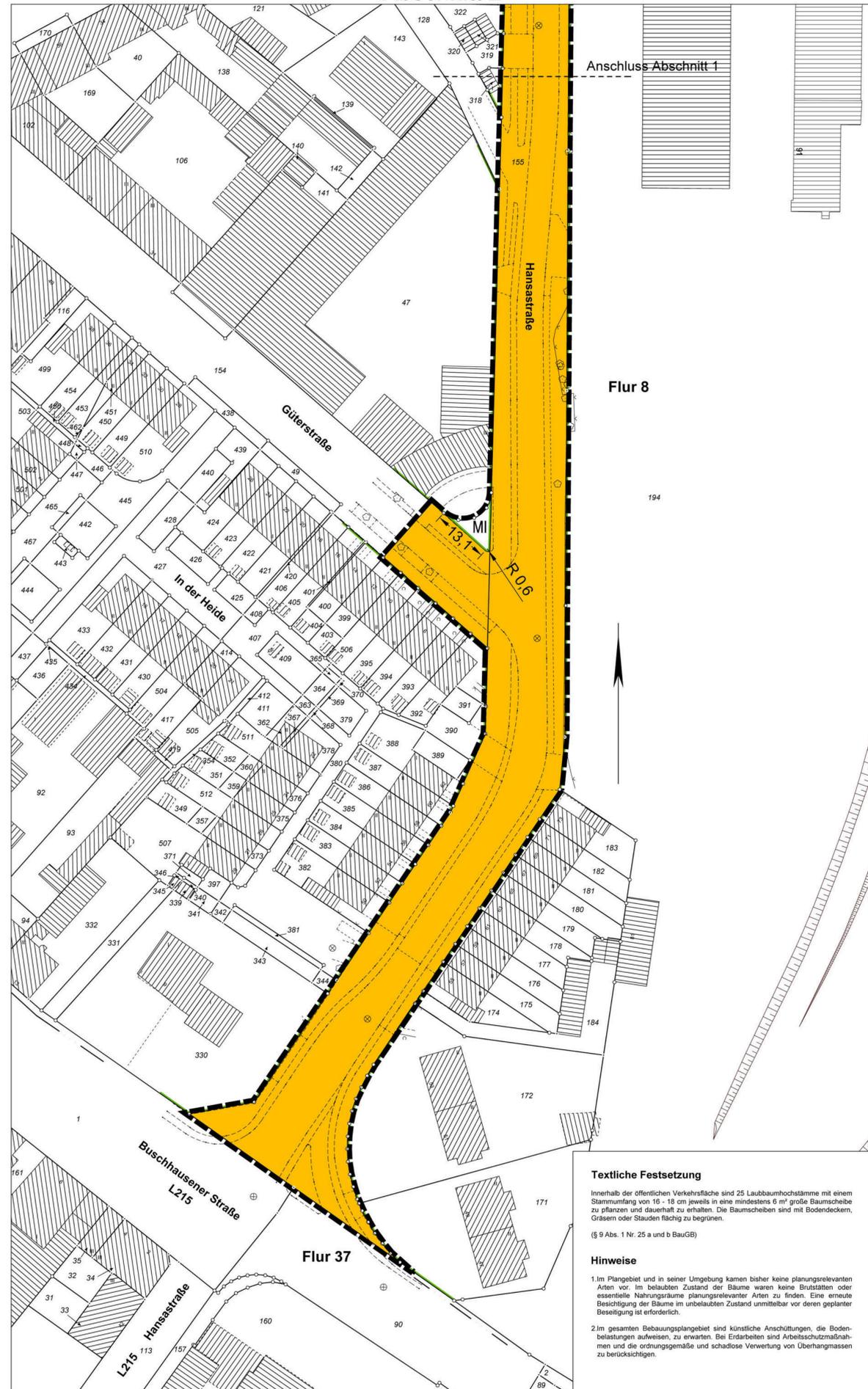
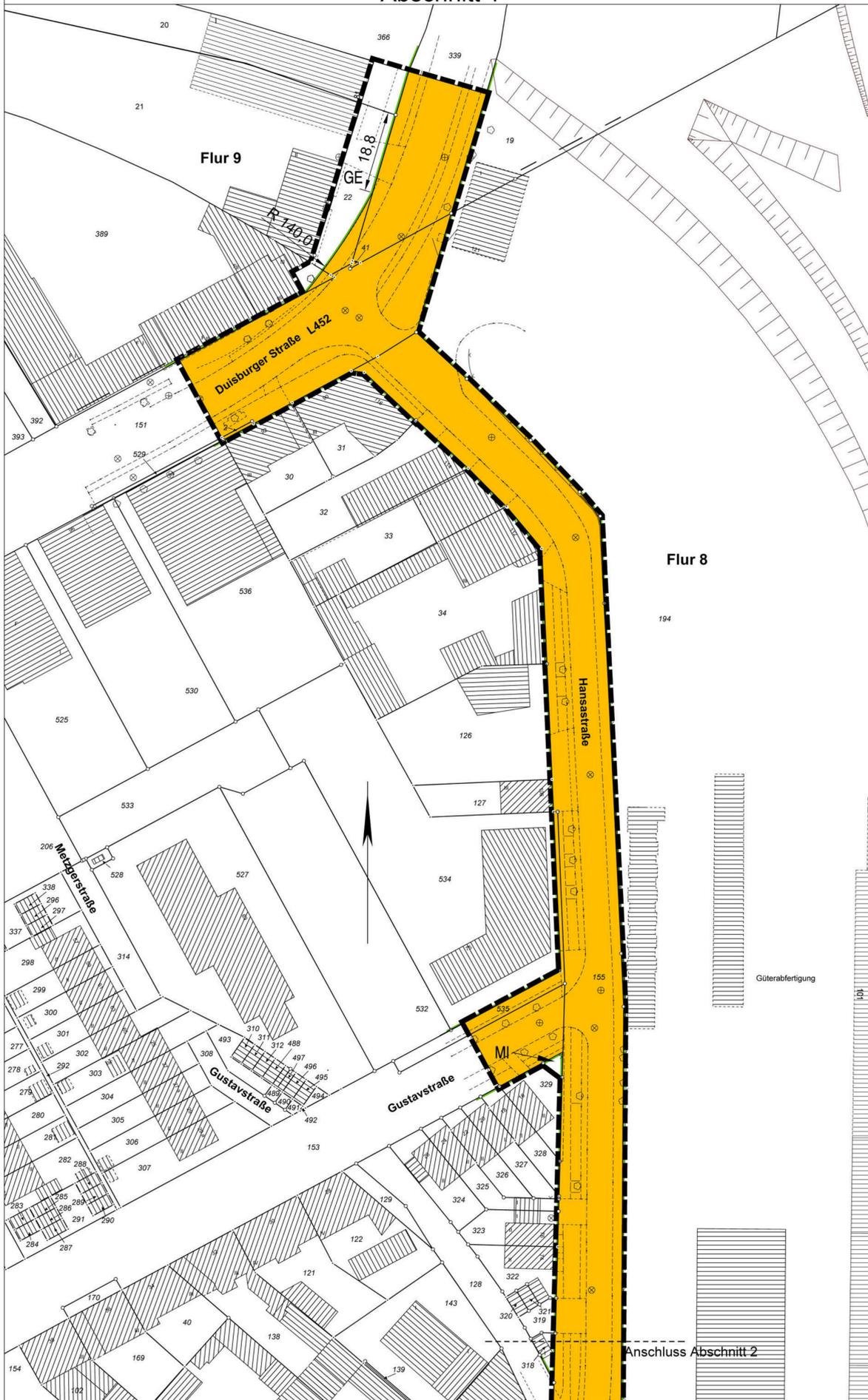
Sonstige Gebäude

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I, S. 1722), in Verbindung mit den Vorschriften der BauNutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. vom 23.01.1990 (BGBl. I, S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I, S. 1548); Planzeichenverordnung (PlanzV) vom 18.12.1990 (BGBl. I, S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I, S. 1509); Landeswasser-gesetz NW (LWG) vom 25.06.1995.

Abschnitt 1

Abschnitt 2



Textliche Festsetzung

Innerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche sind 25 Laubbauhochstämme mit einem Stammumfang von 16 - 18 cm jeweils in eine mindestens 6 m² große Baumscheibe zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Baumscheiben sind mit Bodendeckern, Gräsern oder Stauden flächig zu begrünen.
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB)

Hinweise

1. Im Plangebiet und in seiner Umgebung kamen bisher keine planungsrelevanten Arten vor; im bebauten Zustand der Bäume waren keine Brutstätten oder essentielle Nahrungsräume planungsrelevanter Arten zu finden. Eine erneute Beschichtung der Bäume im unbelebten Zustand unmittelbar vor deren geplanter Beseitigung ist erforderlich.

2. Im gesamten Bebauungsplangebiet sind künstliche Anschüttungen, die Bodenbelastungen aufweisen, zu erwarten. Bei Erdarbeiten sind Arbeitsschutzmaßnahmen und die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung von Überhangmassen zu berücksichtigen.
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB)